Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 80 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 2.70 Mk., monatlich 90 Pfg. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 3.18 Mk., monatlich 1.04 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie die Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 25 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 50 Pfg., sonst 60 Pf. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vormittags. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprecher 53.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 226 . Freitag, den 27. September 1918 13. Jahrgang

Der Reichskanzler über die künftige Handhabung der politischen Zensur

Erklärungen im Hauptausschuß. / Ein weiterer Friedensschritt Burians bevorstehend. / Einschränkung des Massenterrors in Rußland. / Die rumänische Kronprinzenaffäre. / Der friedensgegnerische Erlaß des Kriegsministers v. Stein. Französisch-amerikanische Durchbruchsversuche zwischen Verdun und Reims gescheitert. Fortdauer der Kämpfe.

Die Einschränkung der Militärgewalt

Eine Erklärung des Reichskanzlers.

Der Hauptausschuß des Reichstages setzte gestern die Besprechung über die politische Lage fort. Die Teilnahme an den Verhandlungen war nicht mehr so groß wie an den Vortagen, da ein Teil der nicht dem Ausschuß angehörigen Abgeordneten bereits wieder abgereist ist. Anwesend sind der Reichskanzler, der Vizekanzler, verschiedene Staatssekretäre und Minister. Alsbald nach Eintritt in die Tagesordnung ergriff der

Reichskanzler

das Wort zu folgenden Ausführungen:

Meine Herren! Die Beschwerden, die gestern von allen Rednern gegen die Handhabung der Zensur und des Vereins- und Versammlungsrechts geltend gemacht sind, müssen von mir zu einem erheblichen Umfange als begründet anerkannt werden. (Hört, hört!) Wenn allgemein in gewissen Korpsbezirken Verbote ergangen sind, daß in Versammlungen nicht über die Wahlrechtsvorlage gesprochen werden darf, und zwar weder von Freunden noch von Gegnern der Vorlage, so ist dies ein nicht haltbarer Zustand, der übrigens inzwischen schon durch einen Erlaß der Militäroberbefehlshaber beseitigt ist. Nach der Lage der Gesetzgebung und der zu deren Ausführung ergangenen Verordnungen sind der Reichskanzler und die obersten Zivilbehörden der Bundesstaaten zur Zeit nicht in der Lage, durch Vorstellungen und Darlegungen ihrer Auffassung eine Einwirkung auf die zur Entscheidung allein befugten militärischen Stellen auszuüben. Es ist von dem Herrn Abg. Fischbeck anerkannt worden, daß in einer Reihe von Korpsbezirken berechtigte Klagen über unzulässige Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts nicht erhoben werden können, während es andere Korpsbezirke gibt, in denen fortgesetzt bei jedem Zusammentritt des Hauptausschusses Klagen, deren Begründung auch zum Teil von mir anerkannt werden muß, vorgetragen werden. An den materiellen Befugnissen, welche das Belagerungsgesetz der vollziehenden Gewalt überträgt, kann nach meiner Ueberzeugung in Deutschland ebensowenig gerüttelt werden, wie dies in den übrigen kriegführenden Staaten, ja sogar in den neutralen Staaten auf Grund alter oder für den Kriegsfall besonders erlassener Gesetze geschieht. Der Krieg bringt es mit sich, daß den Behörden außerordentliche Vollmachten zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung übertragen werden müssen. Dagegen habe ich mich unter dem Eindruck einiger besonders empfindlicher Vorkommnisse der letzten Zeit davon überzeugt, daß bei der langen Dauer des Krieges in der Handhabung dieser außerordentlichen Vollmachten auf dem Gebiete der Zensur und des Vereins- und Versammlungsrechts wesentliche Aenderungen eintreten müssen. Wir sind in die Erwägung der verschiedenen Wege eingetreten, welche zu diesem Ziele führen können. An sich erscheinen wohl für die nächstliegenden folgende: Ein Eingreifen der Kommandogewalt, durch welche die Gewalt der Militärbefehlshaber entsprechend eingeschränkt wird, eine Aenderung der bestehenden Gesetzgebung in der Richtung, daß die den militärischen Instanzen seither allein zugewiesenen Aufgaben je nach ihrem Charakter zwischen diesen und den in Friedenszeiten berufenen bürgerlichen Behörden geteilt werden oder endlich die Einfügung ausreichender bürgerlicher Elemente in die letztlich zur Entscheidung berufenen militärischen Stellen. Ich bin selbstverständlich nicht in der Lage, heute anzugeben, welcher der hier angedeuteten einzuschlagenden Wege am sichersten zum Ziele führt; seien Sie aber versichert, meine Herren, daß bis zu Ihrem nächsten Zusammentritt im November eine allen berechtigten Klagen entsprechende Aenderung in die Wege geleitet sein wird, und daß uns und dem Volke Erörterungen, wie sie bisher unsere Zeit und Kraft so vielfach in Anspruch genommen haben, künftig erspart bleiben werden. Meine Herren, Sie sehen, daß ich durchaus nicht willens bin, mich berechtigten Beschwerden zu verschließen. Im Gegenteil, ich werde mit aller Entschiedenheit dahin wirken, daß die berechtigten Beschwerden aus dem Wege geräumt werden. Nun aber, meine Herren, bitte ich auch Sie, nunmehr alles Trennende zurückzustellen und das Wichtigste voranzustellen. Wie ich schon vorgestern gesagt habe, wir haben doch alle nur das eine Ziel, das eine Interesse, den Schutz des Vaterlandes, seine Unabhängigkeit und seine Entwicklungsfähigkeit. Dieses Ziel können wir nur dann erreichen, wenn wir auch im Innern fest und einheitlich zusammenstehen, dann aber werden wir es erreichen. (Beifall.)

Der heutige amtliche Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 27. September.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht u. Generaloberst v. Boehn.

Westlich der Suippe und der Aisne, sowie nordöstlich von Verdun zwischen den Argonnen und der Maas haben Franzosen und Amerikaner gestern mit starken Angriffen begonnen.

Der Artilleriekampf dehnte sich über die Höhen westlich der Suippe nach Westen bis Reims über die Maas, nach Osten bis zur Maas aus. Es folgten nur Teilangriffe. Sie wurden nach heftigem Kampf abgewiesen. Bei ihrer Abwehr westlich der Maas zeichneten sich auch österreichisch-ungarische Truppen aus.

An der Hauptangriffsfront leitete gewaltiges Artilleriefeuer die Infanterieschlacht ein. Westlich der Aisne brachen die Franzosen, östlich von den Argonnen die Amerikaner unter Einsatz starker Panzerwagen gegen unsere Stellungen vor. Befehlsgemäß wichen unsere Vorposten kämpfend auf die ihnen zugewiesenen Verteidigungslinien aus. Bei Tahure und Ripont gelang es dem Gegner in seinen bis zum Abend fortgesetzten Angriffen über unsere vordere Kampflinie hinaus bis auf die Höhen nordwestlich von Tahure und bis Fontaine-en-Bormois vorzudringen. Hier riegelten Reserven den örtlichen Einbruch des Feindes ab. Mit besonderer Stärke führte er seine Angriffe gegen unsere Stellungen zwischen Auberive und südöstlich von Somme—Py. Sie brachen vor unseren Kampflinien unter schwersten Verlusten für den Feind zusammen. Auch nördlich von Cernay scheiterten die bis zum Abend mehrfach wiederholten feindlichen Angriffe. In den Argonnen schlugen wir Teilangriffe des Gegners ab.

Zwischen den Argonnen und der Maas stieß der Feind über unsere vordere Kampflinie hinaus bis Monblainville—Montfaucon und bis Malancourt nordöstlich von Montfaucon vor. Hier brachten ihn unsere Reserven zum Stehen.

Der Feind konnte somit an einzelnen Stellen unsere Infanterie- und vordere Artillerielinie erreichen. Der mit weitgesteckten Zielen unternommene große französisch-amerikanische Durchbruchsversuch ist am ersten Schlachttage an der Zähigkeit unserer Truppen gescheitert. Neue Kämpfe stehen bevor.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Besinnungen sind wohlfeil — Worte erschüttern nur die Luft; Erst die Tat zeigt den Wert!

Deine Tat sei die „Neunte"!

28000 Tonnen versenkt.

(Amtlich.) Berlin, 26. September. Im Atlantik versenkten unsere U-Boote 28000 Brt., darunter 3 Tankdampfer von zusammen etwa 18000 Brt., von denen einer als Amerikaner festgestellt wurde.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Aufhebung des Artikels 9 angeblich gesichert.

Die Krise, die am Montag infolge der auseinandergehenden Forderungen von Sozialdemokratie und Zentrum anscheinend zu bestehen schien, ist, wie die „B.-Z." schreibt, beseitigt. Die Aufhebung des Artikels 9 der Reichsverfassung, der die Reichstagsmitglieder zwingt, ihr Reichstagsmandat endgültig niederzulegen, wenn sie Mitglieder des Bundesrates werden, ist gesichert. Die Nationalliberalen treten für die Aufhebung ein, so daß schon ohne Zentrum eine Mehrheit vorhanden ist, da auch die Polen und Elsässer für die Aufhebung sind.

Der geheime Erlaß des Kriegsministers.

Versammlungen für den Verständigungsfrieden unerwünscht.

Bei dem, wie mitgeteilt, im Hauptausschuß des Reichstages von den Rednern so scharf bekämpften Erlaß des Kriegsministers v. Stein handelt es sich um ein Schreiben des Herrn v. Stein an die Minister des Innern der Einzelstaaten. Das vom Abg. Gröber verlesene Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Die Zentralstelle Völkerrecht und die Deutsche Friedensgesellschaft entwickeln wieder eine große Propagandatätigkeit. Von beiden Stellen sind Aufforderungen an die Ausschußmitglieder, Ortsgruppen und Vertrauenspersonen ergangen, in möglichst vielen Versammlungen für einen Verständigungsfrieden im Sinne der Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 einzutreten. Da ihren Organisationen die Abhaltung von öffentlichen Versammlungen nicht gestattet wird, sollen freie Bürgerausschüsse gebildet werden, um solche Versammlungen zu ermöglichen. Wo auch dieses Verfahren nicht zum Ziele führt, wird die Abhaltung geschlossener Versammlungen empfohlen. Vielfach sollen Versammlungen, zu denen öffentlich eingeladen wird und jedermann Zutritt hat, von den Behörden als geschlossene Versammlungen gestattet werden, falls nur die Form der Ausgabe von Eintrittskarten gewahrt wird. Die Tagesordnung soll einheitlich lauten: „Welchen Frieden braucht unser Volk?" Ebenso ist für die in den Versammlungen einzubringende Entschließung ein gleichlautender Text herausgegeben worden. Zur Gewinnung von Rednern bietet die Deutsche Friedensgesellschaft unter Herausgabe einer Rednerliste mit Themenangaben die Vermittlung ihres Sekretariats an. Die vorgeschilderte Bewegung ist ein neuerlicher Ausfluß der unerwünschten Propaganda für den internationalen Pazifismus. Unter Hinweis auf meinen Erlaß vom 7. November 1915 Nr. 3740,15 g. A. C. ersuche ich, die Abhaltung der in Aussicht stehenden Versammlungen und Reden zu verhindern. gez. v. Stein.

Wie bekannt geworden ist, hat der bayerische Minister des Innern diesem Ersuchen nicht stattgegeben.

Der wahre Wilson.

Treffende Charakteristik eines schwedischen Blattes.

In unserer gestrigen Nummer haben wir die mannhaften Worte wiedergegeben, welche die Bremer Kaufmannschaft über den Präsidenten Wilson fand, um gegenüber der Wilsonschen Hetze zur Fortsetzung des Krieges ihren Willen zum Durchhalten zu bekunden. Noch schärfer und deutlicher geht nun das Stockholmer Sozialistenblatt „Volkets Dagblad" mit Wilson ins Gericht. Es schreibt:

Wilson will keinen baldigen Frieden, nicht einmal von Friedensdiskussion will er etwas wissen, und verweist auf seine 14 Punkte. Aber zwei Tage später hat er Bedenken. Wenn die Mittemächte die 14 Punkte anerkennen würden, dann wäre der Frieden vor der Türe. Aber erst soll Europa richtig verbluten und Wilson ein Fünf- oder Zehnmillionenheer in der alten Welt zusammenbringen, damit dies eine gehorsame Kolonie für die Kapitalisten der neuen Welt wird. Deswegen ließ Wilson erklären, daß er auch, wenn die Mittemächte die 14 Punkte anerkennen würden, eine Friedensdiskussion trotzdem nicht beginnen würde. Wilson ist auch kein Demokrat. Wer einen sozialistischen Staat stürzen will, um einen kapitalistischen wieder einzusetzen, der ist offenbar ein kapitalistischer Kontrarevolutionär. Wilson